

**ELEKTRONISCHE
HALBJAHRESSCHRIFT
für
SÜDOSTEUROPÄISCHE
GESCHICHTE und POLITIK**

1. Folge

1. Jahrgang

Juli 2 0 1 7

Diese Publikation setzt sich zum Ziel ein Bild der historischen, politischen und geistesgeschichtlichen Entwicklungen in Südost- und tangentiell in Osteuropa im 20. Jahrhundert und bis in die Gegenwart zu liefern. Menschenverachtende Positionen nationalistischer, rassistischer, antisemitischer, religions-, minderheiten- wie fremdenfeindlicher und homophober Stossrichtung werden konsequent abgelehnt.

Schriftleiter und Herausgeber: Klaus Popa, MA.

Email: klpopa@freenet.de

Webseite: <http://www.geocities.ws/rausschmiss/Blaetter.html>

©right und alle Rechte beim Herausgeber und den jeweiligen Autoren

G e l e i t w o r t

Nach der Einstellung der Printausgabe der „Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Kultur“, die vom Historiker Dr Johann Böhm herausgegeben wurde (1989-2016), war es nur folgerichtig, dieses auf seinem Gebiet einzigartiges und auch gut rezipiertes Printmedium fortzusetzen. Von den zur Verfügung stehenden Optionen wurde schließlich die elektronische Weiterführung ausgewählt.

Die „Elektronische Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte und Politik“ (EHJS) bleibt dem editorischen Konzept des Vorgängermediums treu, weist aber nun neben Südosteuropa auch den bereits in der Vorgängerpublikation präsenten thematischen Schwerpunkt Osteuropa aus und führt ihn programmatisch weiter.

Neben dem Hauptteil, der einzelnen Studien vorbehalten ist, umfasst jede Ausgabe der E-HJS die Abteilung „Dokumente, Dokumentation“, in der bisher unveröffentlichte dokumentarische Zeugnisse wie Archivunterlagen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel Aufnahme finden. Die nächste Abteilung gilt „Buchbesprechungen“. Es soll auch eine Abteilung „Lesermeinungen, Diskussionsecho“ geführt werden, sobald sich einschlägige Wortmeldungen einstellen. Den Abschluss bildet eine Autorenliste.

Klaus Popa

Inhaltsübersicht

Aufsätze, Studien

Björn Opfer-Klinger, Bulgarien als widersprüchlicher Akteur im Zweiten Weltkrieg S. 6

William Totok, Ambivalente Lebensläufe. Securitateoffiziere zwischen Verklärung und Sachlichkeit (2)

<http://www.geocities.ws/rausschmiss/Totok2.pdf>

Johann Böhm, Der Wandervogel und die Jugendbewegung sowie deren Arbeitslager in Siebenbürgen

<http://www.geocities.ws/rausschmiss/Wandervogel.pdf>

Johann Böhm, Gab es die Möglichkeit für eine Beseitigung der NS-Erneuerungsbewegung der Deutschen in Rumänien sowie der NS-Volksgruppenführung unter Andres Schmidt?

<http://www.geocities.ws/rausschmiss/Artikel.pdf>

Karl-Heinz Gräfe, Russländische Revolutionen (1917-1922) und Nations- und Staatsbildung

<http://www.geocities.ws/rausschmiss/Ukraine.pdf>

Christopher Nehring, Korruption in Bulgarien 1878-1944. Vor dem Ersten Weltkrieg

<http://www.geocities.ws/rausschmiss/Nehring1.pdf>

Dokumente, Dokumentation

Klaus Popa (Hg.), Berichte der Pfarrer der evangelischen Landeskirche A.B. in Rumänien aus Transnistrien und aus dem „Generalgouvernement“ 1942 – 1944, 3. Folge

<http://www.geocities.ws/rausschmiss/1944.pdf>

Buchbesprechungen

Lau, Carola: Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989. Institute für nationales Gedenken im östlichen Europa im Vergleich (Kultur- und Sozialgeschichte Osteuropas, Bd. 6, zugleich: Dissertation, Philosophische Fakultät der

Universität Passau). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprechtunipress, 2017, 825 Seiten, ISBN 978-3-8471-0661-6, von Georg Herbstritt.

<http://www.geocities.ws/rausschmiss/Rezension.pdf>

Franz Leander Fillafer, Thomas Wallnig (Hgg.), Josephinismus zwischen den Regimen. Eduard Winter, Fritz Valjavec und die zentraleuropäischen Historiographien im 20. Jahrhundert, Wien Köln Weimar 2016.

Ein Literaturbericht. Unter besonderer Berücksichtigung von Fritz Valjavec, von Klaus Popa

<http://www.geocities.ws/rausschmiss/Fillafer.pdf>

William Totok, Elena-Irina Macovei, Între mit și bagatelizare. Despre reconsiderarea critică a trecutului. Ion Gavrilă Ogoranu și rezistența armată anticomunistă din România (Zwischen Mythos und Verharmlosung. Ion Gavrilă Ogoranu und der bewaffnete antikommunistische Widerstand in Rumänien), Iași 2016, 366 Seiten, von Klaus Popa

<http://www.geocities.ws/rausschmiss/GavrilaOgoranu.pdf>

Autoren

<http://www.geocities.ws/rausschmiss/Autoren.pdf>

Bulgarien als widersprüchlicher Akteur im Zweiten Weltkrieg

von

Björn Opfer-Klinger

In der Weltkriegsforschung war Bulgarien bislang ein relativ wenig beachteter Akteur. Bis heute existieren keine umfassenden Forschungsarbeiten über die Rolle Bulgariens als Verbündeter der Achsenmächte, die nicht nur jugoslawische, deutsche und britische Quellen, sondern auch die bulgarischen, griechischen und sowjetischen Archivbestände adäquat einbeziehen. Zwar erschien 2010 eine Gesamtdarstellung des bulgarischen Militärhistorikers Marin Kalonkin, doch konzentriert sich diese stark auf die Jahre 1944/45 und lässt nach wie vor und vor allem aufgrund der Quellenproblematik viele Fragen offen.¹ Dies betrifft nicht zuletzt die bulgarische Besatzungspolitik in Südostserbien, Vardar-Makedonien und Thrakien. Zu diesem Themenfeld erschien als eine der wenigen neueren Forschungsarbeiten 2008 die Dissertationsschrift von Vaïos Kalogrias über die bulgarische Okkupation, den dortigen antibulgarischen Widerstand bzw. die probulgarische Kollaboration in Nordostgriechenland, die auf einer akribischen Studie deutscher und griechischer Archivbestände basiert.² Eine Ausnahme bildet das Thema der Deportation der jüdischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten, zu den in den vergangenen Jahren mehrere Quellenbände und Detailstudien erschienen sind.³ Auf dieses Thema wird im weiteren Verlauf noch zurückzukommen sein.

Wie alle südosteuropäischen Staaten erlebte auch Bulgarien eine turbulente Zwischenkriegszeit, die von politischer Gewalt und sozioökonomischen Krisen geprägt war. Nur wenige Jahre verliefen in relativer Stabilität.

Die Niederlage Bulgariens im 2. Balkankrieg 1913 und im Ersten Weltkrieg hatte nicht nur das Leben von mehr als hunderttausend bulgarischen Soldaten gekostet. Auch die propagandistisch geschürten, hochgesteckten nationalen Erwartungen des Landes waren schwer enttäuscht worden. Anstatt zum dominierenden Machtfaktor auf dem südlichen Balkan in Gestalt eines großbulgarischen Staates aufgestiegen zu sein, sah sich das Land 1919 zum Paria der Region degradiert. Die Wirtschaft lag am Boden, sodass weder alle aus dem Krieg zurückkehrenden Soldaten noch die vielen Flüchtlinge aus den Anrainerstaaten adäquat versorgt werden konnten. Diese prägten zwangsweise die bulgarische Gesellschaft, besaßen doch in den 1930er-Jahren rund 15 % der Bevölkerung mazedonische Wurzeln. Hinzu kamen Flüchtlinge aus der Dobrudža sowie die infolge der Bevölkerungsaustauschregelungen mit Griechenland (1919) und der Türkei (1925) zwangsumgesiedelten thrakischen und

¹ Vgl. Marin Kalonkin: *Bälgarija väv vtorata svetovna vojna 1939–1945 godina*, Sofija 2010.

² Vgl. Vaïos Kalogrias: *Makedonien 1941–1944. Okkupation, Widerstand, Kollaboration*, Ruppolding 2008.

³ Dissertationsschrift von Rossitza Ivkova: *Rettung und Mord in genozidalen Entscheidungsprozessen: Bulgarien 1941–1943*, Bielefeld 2004; *Obrečeni i spaseni. Bälgarija v antisemitskata programa na Tretija rajch: Izsledvanija i dokumenti*, Sofija 2007; Natan Grinberg: *Dokumenti: pärvata kniga za deportiraneto na evreite ot Trakija, Makedonija i Pirot*, Sofija 2015 sowie *Deportiraneto na evreite ot Vardarska Makedonija, Belomorska Trakija i Pirot, mart 1943 g. Dokumenti ot bälgarskite archivi. Tom 1–2, säst. i obšt. red. Nadja Danova i Rumen Avramov*, Sofija 2013.

kleinasiatischen Bulgaren. Traumatisierende Gewalterfahrungen waren auf diese Weise in der Nachkriegsgesellschaft Bulgariens weit verbreitet und wirkten zweifellos auch prägend auf die nachfolgenden Generationen.

In einem ideologisch aufgeheizten Klima standen sich in der bulgarischen Gesellschaft nationalkonservative Kräfte, radikale Agrarrevolutionäre und eine kleine, aber spürbar kommunistische Bewegung gegenüber. Hinzu kam als zusätzlicher Akteur die Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation (IMRO), die bereits während des Ersten Weltkrieges erheblichen Einfluss ausgeübt hatte. Sie verlor zwar im Laufe der 1920er-Jahre infolge von Spaltungen erheblich an Bedeutung, doch blieb u.a. ein kleiner rechter Flügel bestehen. Dieser entwickelte sich bis in die 1930er-Jahre hinein immer mehr zu einer terroristischen Vereinigung mit Kontakten zu anderen extremistischen Terrororganisationen wie der faschistischen Ustaša-Bewegung. Nach ihrem Verbot in Bulgarien ging ihre Führung um Ivan Michajlov ins türkische, später ins polnische Exil, wo sie in engem Kontakt zu führenden italienischen Faschisten und der deutschen Gestapo blieb. Auch in Bulgarien blieben, wenn auch in kleinem Rahmen, Netzwerke der IMRO bestehen.

Nach einem kurzen Intermezzo halbwegs stabiler demokratischer Verhältnisse kam es 1934/35 zu einem Putsch, aus dem eine Königsdiktatur unter Zar Boris III. hervorging. Pro forma blieb zwar das Parlament bestehen, doch waren dort keine Parteien mehr, sondern nur noch Direktkandidaten vertreten. Auch wenn im Parlament bis zum Umsturz 1944 auch liberale, demokratische und selbst kommunistische Abgeordnete in kleinerer Zahl vertreten waren, lag doch die Macht klar in den Händen des Zaren. Dieser stützte sich in erster Linie auf die Armee, die konservative Verwaltung sowie auf die Polizei und den Geheimdienst. Unterstützung fand die Königsdiktatur außerdem bei rechtskonservativen, nationalistischen und faschistoiden Gruppierungen. Diese extremistische Szene war zwar in viele Klein- und Kleinstorganisationen zersplittert, die oft untereinander rivalisierten, aber auch teilweise gute Kontakte nach Italien und ins Deutsche Reich pflegten. Darüber hinaus gab es viele Sympathisanten in Kreisen der Armee, der Staatsverwaltung und im Polizeiapparat. Boris III. sorgte dafür, dass sich keine charismatische politische Führungsperson etablieren konnte und berief stattdessen eher blasse, von seiner Rückendeckung abhängige Ministerpräsidenten. Ähnlich wie bei den Königsdiktaturen in Jugoslawien (Alexandar I. Karadordević 1929–1934 bzw. nach ihm Prinzregent Paul 1934–1941) und Rumänien (Carol II. 1930–1940) basierte die Herrschaft von Boris III. nicht auf einer geschlossenen Ideologie, griff aber immer wieder auf Facetten eines oft übersteigerten Nationalismus zurück. Vor diesem Hintergrund waren beispielsweise der nationale Wunsch nach Rückgewinnung der sogenannten „westlichen Randgebiete“ vom serbisch-jugoslawischen bzw. griechischen „Joch“ sowie die Abschüttelung der Reparationsverpflichtungen des Friedens von Neuilly-Serine stets präsent. Gleichzeitig zählte jedoch zu den fundamentalsten Konstanten der Königsdiktatur, eine unmittelbare Kriegsbeteiligung Bulgariens unbedingt zu vermeiden und bei nächstbesten Gelegenheit die angestrebten Revisionen mit friedlichen Mitteln zu erreichen.⁴ Beide Punkte wurden auch von den wichtigsten oppositionellen Kräften geteilt, so dass sie eine große Rolle für die Stabilität

der Zarenherrschaft spielten.

Über das persönliche Verhältnis von Zar Boris III. zum Nationalsozialismus oder zum italienischen Faschismus gibt es keine Detailstudien. Er traf mehrere Male sowohl mit Hitler als auch mit Mussolini zusammen und besaß familiär enge Kontakte in beide Länder. Letztlich pflegte er jedoch einen opportunistisch-lavierenden Kurs. Politisch berief er 1935 mit Georgi Kjosseivanov zunächst einen eher westlich gesinnten Berufsdiplomaten. Unter seiner Regierung wurden mehrere faschistoide Gruppierungen verboten und nach achtjähriger Pause 1938 erstmals wieder freie Parlamentswahlen abgehalten. Andererseits amtierte in der Regierung Kjosseivanov mit General d. R. Christo Lukov einer der führenden Vertreter der faschistoiden-rechtsnationalen Szene als Kriegsminister.⁵ Außenpolitisch erfolgte 1938/39 eine Annäherung an Jugoslawien bzw. an Frankreich und Großbritannien. Nachdem 1938 bereits alle linksgerichteten Parteien verboten worden waren, ging die Regierung 1939 auch gegen einige der NSDAP nahestehenden Organisationen vor.⁶ Gleichzeitig begab sich Bulgarien seit Mitte der 1930er-Jahre in eine rasch zunehmende außenhandelspolitische Abhängigkeit zum Deutschen Reich. 1939 wurden rund zwei Drittel des Im- und Exports mit Deutschland abgewickelt, was eine Verdreifachung gegenüber dem Jahr 1930 darstellte.⁷ Die Grundlage dafür schuf die deutsche Handelspolitik unter Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht, die seit 1934 immer stärker den Warenaustausch u.a. mit rohstoffreichen südosteuropäischen Staaten forcierte. Attraktiv war dabei für die Balkanstaaten das angewandte Clearingsystem, also eine Art Tauschverfahren, bei dem der Wert der Waren jeweils verrechnet wurde. Auf diese Weise mussten weder das Deutsche Reich noch die südosteuropäischen Staaten ihre knappen Devisenreserven für den Außenhandel einsetzen. Bulgarien hatte bereits 1932 ein solches Clearing-Abkommen mit Deutschland abgeschlossen. Ähnliche Verträge entstanden mit Jugoslawien.

Spätestens als Boris III. 1940 mit dem Archäologieprofessor Bogdan Filov einen eher germanophilen Vertrauten zum neuen Ministerpräsidenten berief, gelangten mehrere Politiker in die höheren Regierungskreise, die dem Nationalsozialismus und dem italienischen Faschismus sehr aufgeschlossen gegenüberstanden. Dazu zählte nicht zuletzt Petăr Gabrovski, der bereits im Oktober 1939 zum Transportminister ernannt wurde und unter Filov nun das wichtige Innenministerium übertragen bekam. Dieser zählte zu den bekannteren

⁴ Rossitza Ivkova: Rettung und Mord, S. 28-35.

⁵ Christo Nikolov Lukov (1888–1943) war Mitbegründer der 1933 ins Leben gerufenen extremistischen Union der Bulgarischen Nationalen Legionäre. Er vertrat einen radikalen Antisemitismus, Nationalismus und Antikommunismus und trat für eine enge außenpolitische Anlehnung an die faschistischen Mächte ein. Während des Krieges sprach er sich für eine direkte Teilnahme bulgarischer Truppen an der Seite der Wehrmacht im Krieg gegen die UdSSR aus. Zeitweise tauchten 1942 in Sofia Gerüchte auf, er würde von deutscher Seite als „starker Mann“ gewertet, der notfalls neuer Regierungschef werden könnte, sollte Zar Boris III. eine zu sehr antideutsche Politik betreiben. Rossitza Ivkova: Rettung und Mord, S. 66 f.

Am 13. 1943 fiel er einem Attentat zum Opfer. Nach der Jahrtausendwende wurde er von der rechtsextremen Szene Bulgariens „wiederentdeckt“. Seit 2003 veranstaltet die nationalistische Rechte des Landes den alljährlichen „Lukov-Marsch“ durch die Innenstadt von Sofia. Frank Stier: Der Lukov-Marsch und die bulgarischen Nationalisten, in: Telepolis 23.2.2017 <https://www.heise.de/tp/features/Der-Lukov-Marsch-und-die-bulgarischen-Nationalisten-3633300.html> (letzter Zugriff 22.06.2017).

⁶ New International Year Book, New York 1939, S. 99.

⁷ Andrey Piperow (Hrsg.): Deutsch-Bulgarische Handelskammer. Handbuch der bulgarischen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-bulgarischen Handelsbeziehungen, Berlin 1942, S. 243.

Persönlichkeiten der rechtsextremen und ultranationalistischen Szene des Landes.⁸

Die britisch-französische Appeasementpolitik gegenüber der immer aggressiveren Politik des Deutschen Reiches und Italiens gab auch dem rechten Spektrum in Bulgarien Auftrieb. So wurden spätestens nach dem Münchner Abkommen die Forderungen lauter, die Regierung möge nun ihrerseits eine Revision der Grenzziehung von 1919 einfordern. Im Herbst 1938 kam es zu rechtsgerichteten Straßenunruhen im Sofioter jüdischen Viertel.⁹ Der italienische Einmarsch in Albanien im Frühjahr 1939 stärkte die profaschistischen Kräfte in Bulgarien zusätzlich. Auf diese Weise stieg der Druck auf die Königsdiktatur von Boris III. aus dem rechtsnationalen Spektrum 1938/39 spürbar an.

Langsam begann sich nun die bulgarische Außenpolitik den Achsenmächten anzunähern, was durch die Passivität Frankreichs und Großbritanniens gegenüber Bulgarien zusätzlich gefördert wurde.

Eine weitere wichtige Station auf dem Weg zum bulgarisch-deutschen Bündnis war die Niederlage Frankreichs im Sommer 1940. Frankreich, das mit der „Kleinen Entente“ lange Zeit eine dominierende Stellung in Südosteuropa innegehabt hatte, fiel damit als eigenständiger Großakteur in Südosteuropa aus. Auch das unter Druck geratene Großbritannien verlor in der Region spürbar an Gewicht. Stattdessen zwang die deutsche Diplomatie die rumänische Regierung im Sommer 1940 zu einer Reihe gravierender Gebietsabtretungen. Dazu zählte auch der Vertrag von Craiova vom 7. September 1940, in dem Rumänien auf die 1913–1918 noch heftig umstrittene Süddobrudža zugunsten Bulgariens verzichtete. Zugute kam Bulgarien dabei auch die zeitweilige Verständigung zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reich. Die sowjetische Regierung bemühte sich nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, ihren Einfluss in Südosteuropa auszubauen, um möglichst die Kontrolle über die Meerengen zu erlangen. So bot sie der bulgarischen Führung wiederholt einen Beistandspakt an und unterstützte offen dessen Revisionsziele, darunter die bulgarischen Ansprüche auf die Süddobrudža. Diese nutzte einerseits Bulgarien in Bezug auf die Dobrudža-Frage, andererseits bestärkte diese Entwicklung im Jahr 1940 nicht nur rechtsgerichtete, sondern auch viele bürgerlich-konservative Politiker, für eine stärkere Anlehnung an das Deutsche Reich einzutreten.

Anfangs blieb jedoch die bulgarische Regierung noch zurückhaltend. Boris III. sah im Herbst 1940 durchaus noch die Möglichkeit eines britisch-deutschen Kompromissfriedens unter Vermittlung der USA. Dies hätte wieder ein größeres Mächtegleichgewicht in Europa und damit den Rahmen für eine Fortführung der bisherigen Pendelpolitik Bulgariens geschaffen.¹⁰

Der Spielraum verengte sich jedoch weiter, als italienische Truppen Griechenland ohne Absprache mit dem Deutschen Reich überfielen. Nun veränderte sich die Situation in

⁸ Petăr Gabrovski gründete 1936 die faschistoiden „Kämpfer für den Fortschritt des Bulgarentums“ (kurz: Ratnici), die sich zu einer der einflussreichsten rechtsnationalen Organisationen Bulgariens entwickelten. Marshall Lee Miller: *Bulgaria during the Second World*, Stanford 1975, S. 21.

⁹ Bundesarchiv Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (BA PA AA) R 103.284, Bericht des deutschen Gesandten in Sofia vom 9.12.1938.

¹⁰ Marin Pundeff: *Two Documents on soviet-bulgarian relations in November 1940*, in: *Journal of Central European Affairs*, Vol. XV (Januar 1956), S. 367-378, hier S. 374.

der Region dramatisch. In Berlin wurde bereits der Überfall auf die UdSSR vorbereitet. Die deutschen Planungen basierten dabei auf einem gesicherten Zugang zu den kriegswichtigen Rohstoffen in Südosteuropa. Infolge des Alleingangs Italiens erlaubte nun jedoch die griechische Regierung die Stationierung britischer Luftwaffenverbände auf griechischem Boden. Damit gelangten die äußerst wichtigen Erdölfelder in Rumänien, auf deren Zugriff das deutsche Militär zwingend angewiesen war, in die Reichweite britischer Bomber.¹¹ Angesichts des gleichzeitig eintretenden Desasters für den italienischen Verbündeten bei seinem äußerst mangelhaft vorbereiteten Angriff auf Griechenland war es daher für das Deutsche Reich unumgänglich, möglichst schnell den griechischen Kriegsschauplatz unter Kontrolle zu bekommen. Der deutsche Druck auf die südosteuropäischen Staaten, sich klar an der Seite der Achsenmächte zu positionieren, wurde daher drastisch verschärft. Im November 1940 traten Ungarn, Rumänien und die Slowakei dem Dreimächtepakt bei.

Die bulgarische Regierung versuchte trotzdem weiterhin, sich einer offenen Parteinahme zu entziehen. Allerdings wurde die Situation für die Regierung von Bogdan Filov nicht einfacher, als im Herbst 1940 die UdSSR immer offensiver Bulgarien zu einem Bündnis drängte und die Erlaubnis zur Einrichtung sowjetischer Militärbasen auf bulgarischem Boden einforderte. Gleichzeitig drohte sie Bulgarien, sollte es dem Dreimächtepakt beitreten, mit Konsequenzen.¹² Das Deutsche Reich insistierte seinerseits in Sofia darauf, dass Bulgarien sich militärisch dem bevorstehenden Feldzug gegen Griechenland anschließen oder zumindest freien Durchmarsch für die deutsche Wehrmacht gestatten sollte.¹³

Der Spielraum für Bulgarien wurde damit eng. Nicht zuletzt auch der sowjetische Druck verschaffte jenen im Regierungsapparat weitere wichtige Argumente, die sich ohnehin wesentlich stärker am Deutschen Reich orientieren wollten. Eingeschlossen darin war auch ein härteres Vorgehen gegen die liberale und linksgerichtete Opposition im Inneren. Die nötigen rechtlichen Mittel wurden nunmehr durch das „Gesetz zum Schutze des Staates“ geschaffen.

Im November 1940 gab die bulgarische Regierung schließlich dem deutschen Drängen nach und erteilte ihre Zustimmung für den Durchmarsch deutscher Truppen. Dies führte sofort zu energischen Protesten seitens der UdSSR. Die sowjetische Führung machte deutlich, dass Bulgarien unter diesen Umständen auf keinerlei außenpolitische Unterstützung seitens der UdSSR mehr rechnen können.¹⁴ Trotzdem gaben die Regierung Filov und Boris III. die letzten Bedenken auf, als es unter deutscher Vermittlung am 19. Februar 1941 zu einem bulgarisch-türkischen Freundschaftsabkommen kam. Damit wurden die bestehenden bulgarischen Befürchtungen hinsichtlich eines eventuellen militärischen Eingreifens der

¹¹ Zur Bedeutung der rumänischen Erdölfelder für das Deutsche Reich vgl.: Gavriil Preda: *Importanța strategică a petrolului românesc: 1939–1947*, Printeuro 2001.

¹² BA PA AA R 29.873, Telegramm Richthofen vom 7.12.1940; vgl. ferner: Christian Hartmann: *Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942*, Paderborn 1991, S. 255.

¹³ *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes*. Hrsg. von Andreas Hillgruber, Band I (1939–1941), Frankfurt/M. 1967, S. 367 Gespräch Draganov-Hitler am 23.11.1940.

¹⁴ *Review of the Foreign Press 1939–1945, Series C, Vol. III*, München 1980, S. 76 sowie BA PA AA R 29.873 Telegramm Ribbentrop an die deutsche Gesandtschaft in Sofia vom 7.3.1941.

Türkei ausgeräumt. Darüber hinaus sicherte die deutsche Reichsregierung Bulgarien territoriale Zugewinne auf Kosten Griechenlands zu (Zugang zum Ägäischen Meer). Am 1. März 1941 trat Bulgarien offiziell dem Dreimächtepakt bei. Einen Tag später überquerten die ersten deutschen Truppen die Donau von Rumänien nach Bulgarien.

Auch die jugoslawische Regierung trat drei Wochen später, am 25. März, dem Dreimächtepakt bei, wurde daraufhin aber durch einen Offiziersputsch gestürzt. Hitler reagierte darauf mit der Entscheidung, nicht nur Griechenland, sondern auch Jugoslawien angreifen und besetzen zu lassen. Am 6. April 1941 begannen die deutschen Offensiven gegen Jugoslawien und Griechenland. Zwei Wochen später überschritten im Rücken der Wehrmacht auch bulgarische Truppen die Grenzen. Sie besetzten ihnen von der deutschen Regierung zugewiesene jugoslawische Territorien von Pirot bis Skopje und Ochrid bzw. in Griechenland den größten Teil Nordostgriechenlands bis zum Fluss Strymon (Struma) sowie die Inseln Thasos und Samothrake. Eine Ausnahme bildete der Evros-Grenzstreifen an der griechisch-türkischen Grenze, der unter deutscher Kontrolle verblieb. Das Deutsche Reich sah diese Besetzung durch bulgarische Truppen offiziell als provisorisch an und verwies stets darauf, dass endgültige territoriale Regelungen erst nach dem Krieg getroffen werden sollten. Von der bulgarischen Regierung ließ sie sich jedoch im April 1941 zusichern, dass deutsche Firmen den bevorzugten Zugriff auf die Rohstoffvorkommen, besonders die Erzvorkommen, in den zuerkannten Gebieten bekommen. Daran hielten sich die bulgarischen Behörden auch, ansonsten begann die bulgarische Regierung jedoch, Fakten zu schaffen.¹⁵ Die Okkupationsgebiete auf dem Boden Griechenlands bzw. Jugoslawiens wurden kurzerhand als Teile des bulgarischen Staates behandelt, indem Provinzverwaltungen eingerichtet und die bulgarische Gesetzgebung eingeführt wurde. Die jeweiligen Verwaltungen wurden dabei überwiegend mit Verwaltungsbeamten aus Altbulgarien besetzt, nicht selten mit Anhängern rechtsnationaler oder faschistoider Gruppierungen wie den Ratnici oder Legionären. Während einerseits mit großem propagandistischem Aufwand die Heimkehr der makedonischen und thrakischen „Brüder“ gefeiert wurde, begann schon nach kurzer Zeit das repressive Vorgehen gegen Bevölkerungsgruppen, die als Störfaktoren in den neubulgarischen Gebieten eingestuft wurden. Dabei stand die Verdrängung bzw. Liquidierung der serbischen und griechischen Bevölkerung im Vordergrund. Aber auch auf Albaner, Türken und andere ethnische Gruppen wurde Druck ausgeübt. 1943 gipfelte dies in der Deportation der gesamten jüdischen Bevölkerung aus den neubulgarischen Gebieten in die deutschen Vernichtungslager. Über die Frage, wie diese Deportationen einzuordnen sind, streiten sich bis heute die Politik und die Wissenschaft nicht nur in Bulgarien.

Antisemitismus hatte in Bulgarien tatsächlich lange Zeit keine wirklich spürbare Bedeutung, was auch an dem Fehlen eines erfolgreichen jüdischen Bürgertums gelegen haben mag. Ein Großteil der knapp 50.000 Juden in Bulgarien waren kleinere Gewerbetreibende, Händler oder Handwerker. In der Öffentlichkeit noch am ehesten präsent waren sie in Sofia, wo sie zeitweise fast 10 % der Bevölkerung stellten. Auch im politischen Leben waren keine jüdischen Politiker präsent. Der Anteil der jüdischen Bevölkerung nahm in der Zwischenkriegszeit infolge freiwilliger Auswanderung nach Palästina jedoch leicht ab.

Trotzdem wäre es falsch, Bulgarien pauschal als ein Land ohne antisemitische Stimmungen zu bezeichnen. Diese wurden besonders in den 1920er-Jahre spürbar. So begann damals die IMRO zur Finanzierung ihres Partisanen- und Terrorkampfes gegen Jugoslawien und Griechenland, Juden in Bulgarien auf Schutzgeld zu erpressen.¹⁶ Weitere Impulse erhielt der bulgarische Antisemitismus durch die Einwanderung russischer Emigranten nach Ende des Russischen Bürgerkrieges, aber auch durch bulgarische Studenten, die beispielsweise an österreichischen oder deutschen Universitäten studierten. Spätestens in den 1930er-Jahren existierten rechtsgerichtete, nationalistische Organisationen in Bulgarien, die unmissverständlich antisemitische Forderungen vertraten. 1938 kam es auch zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte in Sofia, bei denen die bulgarische Polizei nur äußerst zurückhaltend einschritt.¹⁷ Auch antisemitische Schriften erschienen auf dem bulgarischen Buchmarkt, darunter von dem Philosophen Janko Janev (1936: „Der Mythos auf dem Balkan“, 1937: „Aufstand gegen Europa“). Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges begann die bulgarische Regierung Kjosseivanov mit ersten antijüdischen Maßnahmen, die sich zunächst noch allein gegen ausländische Juden richteten, die sich vor der nationalsozialistischen Verfolgung nach Bulgarien geflüchtet hatten, aber auch gegen Juden mit griechischen oder türkischen Wurzeln, die in Bulgarien lebten. Diese wurden nun über die Grenze nach Griechenland und in die Türkei abgeschoben oder zum Verlassen des Landes per Schiff gezwungen.¹⁸ Insgesamt betraf dies rund 4000 Menschen.¹⁹ Zu diesem Zeitpunkt gab es zwar bereits spürbare Sympathien in höheren Staatskreisen für die Achsenmächte, jedoch keine deutliche außenpolitische Anlehnung. Eine diesbezügliche politische Richtungsverschiebung begann aber sicherlich mit der erwähnten Berufung von Petăr Gabrovski in die Regierung. Unter ihm wurde innerhalb des Innenministeriums eine Sektion für Judenfragen eingerichtet. Zu seinen ersten Gesetzesinitiativen zählte die Erarbeitung eines „Gesetzes zum Schutz der Nation“, welches sich stark an den deutschen Nürnberger Rassegesetzen orientierte. Es wurde im Juli 1940 angekündigt, jedoch erst nach Abschluss des Vertrages von Craiova in das Parlament eingebracht.²⁰ Unter dem Eindruck des außenpolitischen Erfolges waren nun auch viele konservative Abgeordnete aus opportunistischen Gründen bereit, auch eine innenpolitische Orientierung am nationalsozialistischen Deutschland zu akzeptieren, und stimmten der gesetzlichen Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung zu.²¹ Ein wichtiger Akteur in der Vorbereitung dieser Gesetzesmaßnahmen war Alexander Belev, ein Vertrauter Gabrovskis, der ebenfalls

¹⁵ Vašos Kalogrias: Makedonien 1941–1944, S. 95f.

¹⁶ Stefan Troebst: Antisemitismus im „Land ohne Antisemitismus“: Staat, Titularnation und jüdische Minderheit in Bulgarien 1878-1993, in: Juden und Antisemitismus im östlichen Europa, hrsg. von Mariana Hausleitner/Monika Katz, Berlin 1995, S. 109-125, hier S. 117.

¹⁷ David Benwenisti: Die Rettung der bulgarischen Juden 1941–1944, Sofia 1988, S. 5.

¹⁸ Ana Karlsreiter: König Boris III. von Bulgarien und die bulgarische Außenpolitik 1938–1943, München 2001, S. 317.

¹⁹ Internationale Aufmerksamkeit erhielten diese Abschiebungen, als das Segelschiff „Salvador“, welches jüdische Familien von der bulgarischen Hafenstadt Varna nach Palästina bringen sollte, im Marmarameer unterging. Rund 200 von den 350 jüdischen Passagieren kamen dabei ums Leben. Iva Arakchiyska: Kann ein Mensch dabei untätig bleiben?, S. 22 f.

²⁰ David S. Wyman/Charles H. Rosenzweig: The World Reacts to the Holocaust, London 1996, S. 264.

²¹ Rossitza Ivkova: Rettung und Mord, S. 37.

den faschistoiden Ratnici angehörte und im Innenministerium das neue Amt des „Judenkommissars“ erhielt. Auch drei weitere Abteilungsleiter des Kommissariats waren Ratnici.²² Dabei ist zu beachten, dass die Ratnici zu den energischsten Kritikern der Regierung aus dem rechten politischen Spektrum zählten. Es kann vermutet werden, dass dadurch versucht wurde, die Ratnici auf diese Weise in die Königsdiktatur des Zaren einzubinden, um sie zu neutralisieren. Andererseits entstand auf diese Weise eine Bastion antisemitischer Extremisten innerhalb der Staatsbürokratie.

Das Gesetz sah eine ganze Reihe wirtschaftlicher Einschränkungen für bulgarische Staatsbürger jüdischen Glaubens vor. So sollten ihnen fortan öffentliche Ämter verschlossen bleiben. Amtierenden Stelleninhabern würde mittels Gesetzes gekündigt werden. Ferner wurde die Möglichkeit verankert, jüdisches Eigentum teilweise konfiszieren zu können. Hinzu kam eine einmalige Sofortsondersteuer in Höhe von 20 bis 25 % des Wertes aller Vermögenswerte, eine Summe, die vielen die Lebensgrundlage entziehen würde.²³ Der Zugang zu einigen Berufen sollte eingeschränkt werden. Für Studiengänge wurde ein hoher Numerus Clausus für Juden an der Universität geplant. Jüdische Schulen und Kultureinrichtungen waren durch das Gesetz von der Schließung bedroht. Darüber hinaus sollten Juden neue Ausweise erhalten, damit sie von Behörden sofort als Juden erkannt werden konnten. Ausnahmen waren lediglich für Juden vorgesehen, die Militärangehörige waren, einen bulgarisch-orthodoxen Ehepartner hatten oder selbst bis Oktober 1940 zum orthodoxen Christentum konvertiert waren. Im Unterschied zu den deutschen Rassengesetzen definierte die bulgarische Regierung das Judentum dabei nicht als Rasse, sondern ausdrücklich als Religionsgruppe. Allerdings provozierte der Gesetzentwurf auch eine sich zuspitzende Polarisierung in der politischen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Es kam zum Teil zu hitzigen Debatten und einer spürbaren Protestbewegung. Dieser gehörten beispielsweise verschiedene Berufsverbände, ranghohe Vertreter des bulgarischen Exarchats sowie bekannte Oppositionspolitiker an. Trotzdem wurde das Gesetz am 23. Januar 1941 verabschiedet, was eine wachsende Zahl jüdischer Bulgaren zur Auswanderung bewegte.²⁴

Für die Zurückgebliebenen begann eine repressive Ausgrenzung. Sämtliche männliche jüdische Bulgaren im wehrfähigen Alter wurden fortan zwischen Frühjahr und Herbst zum Dienst in eigens aufgestellten Arbeitseinheiten verpflichtet. Sie wurden während dieser Zeit in Arbeitslagern interniert und zu schwerer körperlicher Arbeit unter widrigsten Bedingungen im Straßen- und Eisenbahnbau eingesetzt.²⁵ Ähnliche Zwangsarbeitseinheiten wurden ab Frühjahr 1942 auch für ethnische Minderheiten wie Roma, Pomaken, Türken und

²² Frederick Chary: *The Bulgarian Jews and the Final Solution 1940–1944*, Pittsburgh 1972, S. 56.

²³ Iva Arakchiyska: *Kann ein Mensch dabei untätig bleiben?*, S. 26.

²⁴ Hans-Joachim Hoppe: Bulgarien, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): *Dimensionen des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*. München 1996, S. 280–281. Ein Auszug aus dem Gesetz findet sich in deutscher Übersetzung bei Haim Oliver: *Wir, die Geretteten, oder Wie die Juden in Bulgarien vor den Todeslagern bewahrt wurden*, Sofia 1967, S. 30. Vgl. auch: Raul Hilberg: *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Band 2, Frankfurt/M. 1994³, S. 798.

²⁵ Ana Luleva: *Die Zwangsarbeit in Bulgarien 1941–1944*, in: Alexander von Plato/Almuth Leh/Christoph Thonfeld (Hrsg.): *Hitlers Sklaven. Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit im internationalen Vergleich*, Wien 2008, S. 171–183, hier S. 172 f.

Griechen eingerichtet.²⁶

Nachdem spätestens auf der Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 von der deutschen Reichsführung die endgültige, systematische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung – inklusive der bulgarischen Juden – beschlossen worden war, begann eine engere Kooperation mit den Dreimächtepakt-Partnern hinsichtlich der „Lösung der Judenfrage“. Inwieweit hier bereits detailliertere Absprachen mit der bulgarischen Regierung getroffen wurden, ist im Detail noch nicht erschöpfend aufgearbeitet. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Boris III. 1941 einen Viererrat als engeren Kreis gebildet hatte, dem der Agrar-, Außen-, Innen- und Verteidigungsminister angehörte. Alle wichtigen Entscheidungen wurden dort getroffen, mitunter ohne vorherige Abstimmung mit den übrigen Regierungsmitgliedern und deren Behörden.²⁷ Fakt ist, dass spätestens im Juni 1942 das Auswärtige Amt die bulgarische Regierung drängte, der Deportation aller bulgarischen Juden zuzustimmen.²⁸ Sicher ist auch, dass nur zwei Monate später das bulgarische Innenministerium eine neue, 160 Mitarbeiter umfassende Unterbehörde, das „Kommissariat für jüdische Fragen“ einrichtete, dessen Leitung von Alexander Belev übernommen wurde.²⁹ Entsprechende Unterabteilungen wurden in den „neuen Gebieten“ eingerichtet, z.B. im September 1942 in Skopje. Auch in den von Bulgarien besetzten Gebieten wurden nun die dort lebenden Juden gezwungen, ihre Papiere gegen einen neuen, andersfarbigen „Judenpass“ umzutauschen sowie den gelben „Judenstern“ zu kaufen und zu tragen. Waren Juden bislang als Religionsgruppe definiert worden, wurde nun von jüdischer „Abstammung“ gesprochen und somit nach deutschem Vorbild ethnisch ausgelegt.³⁰ Anders als der orthodoxen slawischen Bevölkerung in den „neuen Gebieten“ war der dortigen jüdischen Bevölkerung von Anfang an die bulgarische Staatsbürgerschaft verweigert worden. Auch durften dort Juden keine Ehen mit Nichtjuden eingehen.³¹ Bereits zuvor war den im Deutschen Reich lebenden bulgarischen Juden die Staatsbürgerschaft entzogen worden, was den Weg frei machte für die Deportation in die Vernichtungslager durch die deutschen Behörden. Die Historikerin Iva Arakchiyska schätzt die Zahl der Betroffenen auf mehrere Hundert Menschen.³²

Nachdem alle weiteren Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung der Zustimmungspflicht des Parlaments im Juli 1942 entzogen worden waren, wurden wenige Wochen später, im August 1942, nach Vorbild deutscher Regelungen die gesetzlichen, antisemitischen Rahmenbedingungen erneut verschärft. Juden in Bulgarien mussten nun sämtliche Radiogeräte, Telefone, Fahrräder und Automobile abgeben. Jüdische Konten wurden gesperrt und Immobilien jüdischer Hausbesitzer und Gewerbetreibender sowie Produkte jüdischer Unternehmer gekennzeichnet. Konfiszierte Wohnungen wurden nicht

²⁶ Bundesarchiv Militärarchiv RH 31/II/1 Deutscher Ausbildungsstab Sofia, Bericht vom 13.11.1942 an das OKH

²⁷ Rossitza Ivkova: Rettung und Mord, S. 34 f.

²⁸ Hans-Joachim Hoppe: Bulgarien, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Dimensionen des Völkermords, S. 282.

²⁹ Paul Mojzes: Balkan Genocides: Holocaust and Ethnic Cleansing in the Twentieth Century, Plymouth 2011, S. 102.

³⁰ Frederick Chary: The Bulgarian Jews and the Final Solution 1940–1944, S. 54 f.

³¹ Aleksandar Matkowski: Destruction of Macedonian Jewry, Skopje 1982, S. 219.

³² Iva Arakchiyska: Kann ein Mensch dabei untätig bleiben?, S. 29.

selten an regierungsnahen Politikern weitergegeben. Ähnlich wurde mit Geschäften und Apotheken jüdischer Besitzer verfahren, die an „Bulgaren“ günstig weiterverkauft wurden. Die konfiszierten Spareinlagen jüdischer Bulgaren kamen teilweise den Ratnici zugute. So bestand der Vorstand der Sofioter Serdika-Bank ausschließlich aus Ratnici-Mitgliedern, die wiederum gewerbetreibenden Ratnici Kredite verschafften.³³ In der Öffentlichkeit musste jeder Jude in Altbulgarien einen gelben Knopf, in den besetzten Gebieten einen gelben Stern als Erkennungsmerkmal tragen.³⁴ In Sofia durften Juden nur noch im Stadtteil Jutch Bunar wohnen, was dort bald zu Wohnungsmangel führte.³⁵

Von einem Widerstand seitens der bulgarischen Staatsverwaltung gegen die antijüdischen Maßnahmen kann, soweit die entsprechenden Akten ausgewertet wurden, keine Rede sein. Auch Zar Boris III., der auch weiterhin persönliche Kontakte zum Oberrabbiner von Sofia unterhielt, blieb in der Frage der Judenpolitik seiner Regierung passiv.³⁶ Der deutsche Gesandte in Sofia, Adolf-Heinz Beckerle, berichtete am 14. Dezember 1942 nach Berlin, dass die bulgarischen Behörden insgesamt weniger energisch gegen die jüdische Bevölkerung vorgehen, was er darauf zurückführte, dass die bulgarische Bevölkerung im Allgemeinen dem „Kampf gegen das Judentum“ eher verständnislos gegenüberstehe.³⁷ Andererseits äußerte Zar Boris III. am 15. April 1943 in einem Gespräch mit den wichtigsten Oberhäuptern der bulgarisch-orthodoxen Kirche, dass die Juden ein „historisches Problem“ darstellten und ihrem „spekulativen Geist“ die „gegenwärtige Weltkatastrophe“ zu verdanken sei.³⁸

Es ist davon auszugehen, dass sich die bulgarische Regierung dieses Umstandes bewusst war. Vielleicht unterstützten manche Kabinettsmitglieder den von Deutschland geforderten antisemitischen Kurs auch mehr aus Opportunismus als aus wirklicher ideologischer Überzeugung. Auf der einen Seite signalisierte die Filov-Regierung gegenüber Berlin, dass sie grundsätzlich bereit für eine Deportation der jüdischen Bevölkerung wäre, andererseits verwies sie jedoch auf deren wirtschaftliche Bedeutung. Dieses Argument dürfte mit dem Kalkül angebracht worden sein, um Deutschland zu umfangreicherer wirtschaftlicher Hilfe zu veranlassen. In Bulgarien machten sich zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich die ökonomischen Folgen des Krieges bemerkbar. Die vorangetriebene Aufrüstung entzog der bulgarischen Wirtschaft 1942 rund 400.000 Arbeitskräfte. Gleichzeitig war besonders die landwirtschaftliche Produktion immer mehr auf die Bedürfnisse des deutschen Verbündeten ausgerichtet worden, was in erster Linie auf einen verstärkten Anbau von Industriepflanzen wie Hanf oder Tabak zulasten der eigenen Lebensmittelproduktion hinauslief. Bereits seit Dezember 1941 musste der Brot- und Maisverkauf eingeschränkt werden. Dieser Zustand zusammen mit zunehmender Teuerungen und Inflation belastete 1942 spürbar die Stimmungslage breiter Bevölkerungsschichten.³⁹

³³ Frederick Chary: *The Bulgarian Jews and the Final Solution 1940–1944*, S. 61 und 67.

³⁴ Israel Gutman u. a. (Hrsg.): *Enzyklopädie des Holocaust*. Band 2, Zürich 1995, S. 752.

³⁵ Iva Arakchiyska: *Kann ein Mensch dabei untätig bleiben?*, S. 31.

³⁶ Marshall Miller: *Bulgaria during the Second World War*, S. 104.

³⁷ Iva Arakchiyska: *Kann ein Mensch dabei untätig bleiben?*, S. 34.

³⁸ Rossitza Ivkova: *Rettung und Mord*, S. 68.

³⁹ Bundesarchiv Militärarchiv (BA MA) RW 5/356, Bericht der deutschen Gesandtschaft in Sofia vom 15.12.1941, RW 29/77 Bericht des Deutschen Wehrwirtschaftsoffiziers Sofia 18.6.1941 und RW 29/78 Kriegstagebuch W. O. Sofia 31.10.1942. Vgl. auch: Ivan Fičorov: *The Union of Bulgarian Industrialist -*

Im Januar 1943 entsandte die deutsche Regierung den Deportationsexperten Theodor Dannecker als „Berater“ für das bulgarische „Kommissariat für jüdische Fragen“ nach Sofia.⁴⁰ Gemeinsam mit Alexander Belev wurde in den darauffolgenden Wochen der Plan ausgearbeitet, zunächst die jüdische Bevölkerung aus den bulgarisch besetzten Gebieten zur „Ansiedlung“ ins deutsche Generalgouvernement Warschau zu deportieren. Insgesamt planten sie dabei mit zunächst 20.000 Juden, auch wenn Belev und seinen Mitarbeitern bewusst war, dass in den „neubulgarischen“ Territorien weniger als 12.000 Juden lebten. Die geplante Zahl von 20.000 sollte mit Juden aus Altbulgarien aufgefüllt werden. Mitte Februar 1943 gab die bulgarische Regierung ihre Zustimmung.

Zunächst wurde den makedonischen und thrakischen Juden endgültig ihre ökonomische Grundlage entzogen. Ihnen wurde vom bulgarischen Finanzministerium eine Sondersteuer in Höhe von 20 % ihres Besitzes auferlegt. Wenig später wurden sämtliche jüdischen Handwerksläden zwangsweise geschlossen. Jüdische Geschäftsleute wurden gezwungen, ihren Besitz nichtjüdischen Bürgern zu verkaufen und ihr Vermögen auf festgelegte Banken einzuzahlen. Unmittelbar darauf wurden diese eingerichteten Konten gesperrt und damit quasi konfisziert.⁴¹ Am 4. März 1943 begannen die bulgarischen Besatzungsbehörden mit der vorbereiteten Verhaftung der jüdischen Bevölkerung im besetzten Thrakien. Eine Woche später begann mit dem Einsatz von Militär, Polizei und der staatlichen Jugendorganisation Brannik die gleiche Aktion in Vardar-Makedonien und in der serbischen Stadt Pirot.⁴² In beiden Besatzungsgebieten gab es einige wenige Fälle, in denen Bulgaren, teilweise mit Erfolg, aktiv versuchten, Juden vor der Deportation zu retten.⁴³ Der überwiegende Teil wurde jedoch per Bahn oder per Schiff über die Donau abtransportiert und den Deutschen übergeben, die sie in die Vernichtungslager Treblinka und Majdanek brachten.

Parallel zu den Deportationsmaßnahmen in den besetzten Gebieten wurde seitens des Kommissariats für jüdische Fragen auch die Internierung und Deportation mehrerer Tausend Juden aus Altbulgarien vorbereitet. Es gelang jedoch nicht, diese Pläne geheim zu halten. Noch während die Vorbereitungen liefen bzw. die ersten Verhaftungen stattfanden, regte sich gesellschaftlicher Widerstand. Aktiv wurden dabei Kirchenvertreter wie die Metropoliten von Plovdiv und Sofia. Der stellvertretende Parlamentspräsident Dimităr Pešev überreichte Ministerpräsident Filov eine Petition, unterschrieben von 43 Parlamentsabgeordneten, in der gegen jegliche Deportation jüdischer Bulgaren protestiert

Structure, Functions and Relations with the State 1903–1944, in: *Bulgarian Historical Review* 1993/2, S. 125–149, hier S. 146f. und Hans Radandt: Die IG-Farbenindustrie AG und Südosteuropa bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1967/1, S. 77–146.

⁴⁰ Claudia Steur: Theodor Dannecker. Ein Funktionär der „Endlösung“, Essen 1996, S. 97 f.

⁴¹ Aleksandar Matkovski: The Destruction of Macedonian Jewry in 1943, in: *Yad Vashem Studies* III., Jerusalem 1959, S. 203–258, hier S. 214 f.

⁴² Zu den Vorgängen der Deportation siehe: Ivan Stoilov Hadžijski: *Sădbata na evrejskoto naselenie v Belomorska Trakija, Vardarska Makedonia i Jugozapadna Bălgarija prez 1941-1944*, Dupnica 2004 sowie die doppelbändige Quellensammlung *Deportiraneto na evreite ot Vardarska Makedonija, Belomorska Trakija i Pirot, mart 1943 g. Dokumenti ot bălgarskite archivi*. Tom 1–2, săst. i obšt. red. Nadja Danova i Rumen Avramov, Sofija 2013.

wurde. Weitere Protestaktionen von Bürgern in Sofia und anderen Städten kamen hinzu. Begonnene Internierungen, wie zum Beispiel in Plovdiv, wurden daraufhin gestoppt. Spätestens als die Züge der unter menschenunwürdigen Bedingungen stattfindenden Deportationsaktionen aus Thrakien in Bulgarien eintrafen und deren Abtransport über den Donauhafen Lom begannen, entstanden lokal auch vereinzelter Protest und Unmutsbekundungen bulgarischer Bürger.⁴⁴ Wie verbreitet die Ablehnung der antijüdischen Maßnahmen seit 1941 und der stattfindenden Internierungen und Deportationen jedoch in der Bevölkerung war, ist noch nicht abschließend erforscht. Bis heute ist jedoch im nationalen kollektiven Gedächtnis fest verankert, dass Bulgarien seine jüdische Bevölkerung vor der Vernichtung beschützt habe. Tatsache ist allerdings, dass sehr bald nach Ende des Krieges der allergrößte Teil der Juden aus Bulgarien nach Israel auswanderte.

Auch die genauen Beweggründe für den Stopp der begonnenen Deportationsvorbereitungen der bulgarischen Juden sind im Detail bis heute nicht abschließend untersucht. Wahrscheinlich spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. So verdichteten sich Anfang März 1943 bereits die Anzeichen, dass die Achsenmächte den Krieg nicht gewinnen würden. Auf dem sowjetischen Kriegsschauplatz endete gerade die Katastrophe von Stalingrad. Der Krieg in Nordafrika hatte sich klar zugunsten der Alliierten gewendet. Im August 1942 hatte es bereits einen ersten, wenn auch erfolglosen, britisch-kanadischen Landungsversuch an der französischen Atlantikküste gegeben. Rumänien, das bislang eine sehr aktive Rolle in der Verfolgung und Vernichtung von Juden gespielt hatte, verzögerte bereits seit Spätsommer 1942 immer wieder die von Berlin geforderte Deportation der jüdischen Bevölkerung aus Altrumänien.⁴⁵ Zar Boris III. dürfte über seine familiären Beziehungen nach Italien wahrscheinlich auch gut über den dortigen bröckelnden Rückhalt für den „Duce“ Mussolini unterrichtet gewesen sein.⁴⁶ Sicherlich reagierte er jedoch auch darauf, dass die anfängliche Zustimmung für die Kriegsbeteiligung Bulgariens infolge der territorialen Revisionen 1940/41 im Frühjahr 1943 spürbar nachgelassen hatte. Der Glauben an eine erfolgreiche Beendigung des Krieges der Achsenmächte ließ in jener Zeit in den höchsten bulgarischen Regierungskreisen spürbar nach.⁴⁷ Bereits seit einigen Monaten unternahm die bulgarische Regierung insgeheim, wenn auch erfolglos, über die bulgarischen Botschaften in Spanien, der Schweiz und der Türkei Gesprächskontakte zu Großbritannien und den USA.⁴⁸

Anfang April 1943 reiste Boris III. nach Deutschland, wo er gegenüber seinen deutschen Gesprächspartnern betonte, dass er seine Zustimmung nur für die Deportation aus

⁴³ Arakchiyska: Kann ein Mensch dabei untätig bleiben?, S. 73 f., 144-159.

⁴⁴ Ebenda, S. 130-143.

⁴⁵ Hildrun Glass: Minderheit zwischen zwei Diktaturen. Zur Geschichte der Juden in Rumänien 1944–1949, München 2002, S. 17-23.

⁴⁶ Dies war auch insofern bedeutsam, als dass der Einflussverlust des Duce innerhalb des Achsenbündnisses Dreibundpartner wie Bulgarien noch stärker an Deutschland banden. Bis Anfang 1943 hatte es zumindest noch teilweise kleine Freiräume gegeben, zwischen Rom und Berlin zu lavieren, brachten doch einige führende faschistische Diplomaten im italienischen Außenministerium immer wieder die Idee eines Donau-Balkan-Blocks aus Ungarn, Bulgarien und Rumänien unter italienischer Führung ins Spiel. Hans Woller: Mussolini. Der Erste Faschist, München 2016, S. 252.

⁴⁷ Bogdan Filov: Dnevnik, Sofija 1990, S. 565.

den bulgarisch besetzten Gebieten gegeben habe, wogegen die altbulgarischen Juden zu Zwangsarbeitseinsätzen herangezogen würden. Dies stieß natürlich nicht auf Begeisterung. In Sofia drängte Dannecker zusammen mit Belev Innenminister Gabrovski, die baldige Deportation aller etwa 51.000 bulgarischen Juden in die von Deutschland besetzten Ostgebiete zu genehmigen oder diese zumindest in einem ersten Schritt zu internieren. Boris III. und seine Regierung entschieden sich, zur Enttäuschung der deutschen Gesprächspartner, für die Internierung. Im Mai 1943 wurde daraufhin ein großer Teil der Sofioter Juden in Konzentrationslager in Pleven und Samovit gebracht.⁴⁹ Belev und seine Mitarbeiter planten allerdings weiterhin mit der Möglichkeit einer endgültigen Deportation und hielten zunächst noch längere Zeit Transportschiffe in den Donauhäfen bereit. Das Okay für die Deportation blieb jedoch aus. Im August 1943 reiste Zar Boris III. abermals nach Deutschland, wo er nicht nur erneut eine aktive Beteiligung bulgarischer Truppen an der Ostfront verweigerte, sondern auch darauf beharrte, dass die internierten bulgarischen Juden als Arbeitskräfte benötigt würden.

Als Boris III. kurz nach seiner Rückkehr plötzlich verstarb, kamen die bulgarisch-deutschen Verhandlungen über die Deportation endgültig ins Stocken. Mittlerweile waren alliierte Truppen auf Sizilien gelandet und Mussolini in Rom gestürzt worden. An der Ostfront hatte die deutsche Wehrmacht die Schlacht bei Kursk verloren und befand sich nunmehr auf dem Rückzug. Gleichzeitig nahm der bewaffnete Widerstand auch in den bulgarisch besetzten Gebieten Griechenlands und Jugoslawiens spürbar zu.

Nach dem Tod von Zar Boris III. und der Etablierung eines Regentschaftsrates für den noch minderjährigen Thronfolger Simeon wurde Ministerpräsident Filov zunächst durch den bisherigen Innenminister Petăr Gabrovski ersetzt. Ihm folgte bereits nach wenigen Tagen der bisherige langjährige Finanzminister Dobri Bošilov als Regierungschef nach. Dieser vertrat zwar eine klar prodeutsche Position, verwehrte jedoch trotzdem die weiterhin geforderte Deportation der Juden. Stattdessen lockerte er im November 1943 die Internierungsbestimmungen und hob diese kurze Zeit später ganz auf.⁵⁰ Alexandăr Belev war zu diesem Zeitpunkt bereits durch den konservativen ehemaligen stellvertretenden Staatsanwalt beim Sofioter Militärgericht, Christo Stomjakov, ersetzt worden.⁵¹ Die deutsche Führung erkannte ihrerseits, dass vorerst der Abschluss der „Judenfrage“ in Bulgarien nicht zu erreichen war, und beorderte Theodor Dannecker nach Italien ab.

Über die Deutung der Ereignisse rund um die Deportation der jüdischen Bevölkerung im bulgarischen Machtbereich in die deutschen Vernichtungslager wird heute kontrovers diskutiert und gestritten. Über Jahrzehnte gehörte die Rettung der eigenen Juden zum festen nationalen kollektiven Bewusstsein und zur offiziellen Geschichtsschreibung Bulgariens. Damit war es dem Land möglich, sich positiv von anderen Verbündeten der Achsenmächte abzugrenzen. Zwar gab es immer wieder kritische Verweise auf die Deportation der jüdischen Bevölkerung aus den besetzten griechischen und jugoslawischen

⁴⁸ Hans-Joachim Hoppe: *Bulgarien – Hitlers eigenwilliger Verbündeter*, Stuttgart 1979, S. 145.

⁴⁹ Stefan Troebst: *Antisemitismus im „Land ohne Antisemitismus“*, S. 119 f. und Iva Arakchiyska: *Kann ein Mensch dabei untätig bleiben?*, S. 45 f.

⁵⁰ Nissan Oren: *Bulgarian Exception: a Reassessment of the Salvation of the Jewish Community*, in: *Yad Vashem Studies VII 1968*, S. 83-106, hier S. 100.

⁵¹ Michael Bar-Zohar: *Beyond Hitler's Grasp. The Heroic Rescue of Bulgaria's Jews*. Holbrook 1998, S. 241.

Gebieten, doch wurde von bulgarischer Seite meist darauf verwiesen, dass man dort keine souveräne Besatzungsmacht gewesen sei. In Vardar-Makedonien und Thrakien sei es nicht möglich gewesen, dem deutschen Druck standzuhalten. Diese Argumentation ist jedoch nur bedingt haltbar. Bulgarien war kein infolge deutscher Politik gegründetes staatliches Gebilde wie die Slowakei (1939) oder Kroatien (1941), die nicht zuletzt in der Verfolgung ihrer jüdischen Bevölkerung einen wesentlich geringeren Spielraum besaßen. Im Falle Bulgariens benötigten die deutschen Behörden zur Deportation der jüdischen Bevölkerung die Kooperation Bulgariens. Dessen waren sich auch die bulgarischen Regierungsmitglieder sehr wohl bewusst.⁵² Im bulgarischen Machtgebiet waren während des Krieges nur vergleichsweise wenige deutsche Soldaten stationiert.⁵³ Auch wenn die deutsche Regierung dem nicht offiziell seinen Segen gab, so hatte Bulgarien die besetzten Gebiete doch in die Verwaltungsstruktur Bulgariens eingegliedert und dort auch die bulgarische Gesetzgebung eingeführt, somit also fest in den bulgarischen Staat integriert. Konflikte mit dem deutschen Verbündeten gab es durchaus in verschiedenen Bereichen, wobei sich jedoch die bulgarische Regierung alles andere als willfährig verhielt, sondern nicht selten mit verstecktem Gegendruck reagierte. Ein klassisches Beispiel dafür war das repressive Vorgehen der bulgarischen Besatzungsbehörden gegen die serbische Minderheit in Vardar-Makedonien. Bulgarien verfolgte dort ab 1941 die völlige Vertreibung und Liquidierung der Serben, was sich bis 1944 in der rücksichtslosen Abschiebung von etwa 110.000–120.000 Serben in das benachbarte deutsche Besatzungsgebiet Serbien ausdrückte.⁵⁴ Viele Serben wurden in „Säuberungsaktionen“ ermordet. Das Deutsche Reich war weder von dem einen noch von dem anderen erbaut. Die Abschiebungen und Vertreibungen belasteten die eigenen Besatzungsstrukturen im restlichen Jugoslawien, vor allem aber beeinträchtigte der Exodus der Serben aus Vardar-Makedonien die dortige Wirtschaft. Besonders im Bergbau waren viele Arbeitskräfte, vor allem Facharbeiter, Serben. Die Molybdän-, Chrom- und Mangan-Vorkommen des bulgarischen Besatzungsgebietes spielten jedoch für die deutsche Kriegsindustrie eine nicht unwesentliche Rolle. Die bulgarische Regierung nutzte dies sehr geschickt als Druckmittel gegenüber Deutschland, indem sie beispielsweise 1942 begann, auf die Ausfuhr der wichtigen Erze Zollabgaben einzufordern und immer wieder Transferzahlungen deutscher Bergbauunternehmen über bulgarische Banken zu blockieren. Dadurch konnten die deutschen Unternehmen ihren Arbeitern die Löhne nicht regelmäßig auszahlen, was 1943 zu Störungen in den Betriebsabläufen führte.⁵⁵ Natürlich intervenierte die deutsche Diplomatie diesbezüglich in Sofia, konnte sich aber letztlich nicht durchsetzen.

⁵² Rossitza Ivkova: Rettung und Mord, S. 40-43.

⁵³ Im Dezember 1942 waren dort insgesamt etwa 7000, im Juli 1944 etwa 22.000 deutsche Soldaten stationiert. Stojčev: Bugarskiot okupaziski sistem vo Makedonija, S. 277 sowie Rumen Nikolov: Njaki aspekti na bälgarsko-germanskite voennoikonomičeski otnošenija prez perioda maj 1941–dekemvri 1942 godina, in: Voennostoričeski Sbornik 1986/4, S. 159-171, hier S. 166.

⁵⁴ Wolfgang Libal: Mazedonien zwischen den Fronten. Junger Staat mit alten Konflikten, Wien 1993, S. 81; Elisabeth Barker: Macedonia its place in Balkan power politics, London 1950, S. 79 und Raphaël Lemkin: Axis Rule in occupied Europe, Washington 1944, S. 264.

⁵⁵ BA MA RW 29/86, Bericht Dt. Wirtschaftsattaché Sofia 30.6.1941; RW 29/86, W. O. Lagebericht Sofia 31.7.1941; RW 29/76, Kriegstagebuch W. O. Sofia vom 15.4.1942 und RW 29/78, Kriegstagebuch W. O. Sofia 11.12.1942.

Von einer übermäßig eingeschränkten Handlungsfreiheit der bulgarischen Behörden kann daher in Thrakien und Vardar-Makedonien nicht die Rede sein. Der Deportation der dortigen jüdischen Bevölkerung wurden darum keine Steine in den Weg gelegt, weil sie ebenso wie Serben, Griechen, Albaner, Türken, Roma und andere nichtbulgarische Bevölkerungsgruppen als fremdrassiger Störfaktor angesehen wurde, den es möglichst zu verdrängen galt. Daraus ergab sich der attraktive Nebeneffekt, dass mit dem konfiszierten Besitz der Deportierten „zuverlässige Bulgaren“ in den neubulgarischen Gebieten materiell belohnt werden konnten. Zudem wurde Juden in Vardar-Makedonien die Unterstützung des bewaffneten, antibulgarischen Widerstandes oder die Kollaboration mit Italien, zu dem in der Frage der Aufteilung Makedoniens eine spürbare Rivalität entstanden war, vorgeworfen.⁵⁶

Die Diskussion hinsichtlich der Deutung der Ereignisse 1943 wurde durch den 2012 in die Kinos kommenden Spielfilm „Die dritte Halbzeit“ des mazedonischen Regisseurs Darko Mitrevski spürbar belebt. Der Film basiert auf den Erinnerungen von Rebecca Kohen, einer mazedonischen Überlebenden des Holocaust. Auf Basis der Geschichte der Fußballmannschaft FK Makedonija, der 1941 durch eine erzwungene Fusion verschiedener Skopioter Fußballvereine entstand, thematisierte Mitrevski die Deportation der mazedonischen Juden durch die bulgarischen Besatzer.⁵⁷ In Bulgarien schlug dieser Film entsprechend hohe Wellen, woraufhin der ehemalige bulgarische Außenminister Solomon Passi⁵⁸ 2013 Bulgarien für den Friedensnobelpreis als Anerkennung der Rettung seiner jüdischen Bevölkerung vorschlug. Sowohl Bulgarien beim Thema Kriegsverbrechen und Beteiligung am Holocaust als auch hinsichtlich der Frage von Kollaboration in Mazedonien stehen in der Frage der Aufarbeitung jedoch relativ am Anfang. Hoffnungsvoll stimmt, dass die Debatte von einigen kritischeren Forschungspublikationen bulgarischer Historiker begleitet wurde. Dazu zählt Rumen Avramov mit seiner Studie „Rettung und Fall. Mikroökonomie des staatlichen Antisemitismus in Bulgarien 1940–1944“,⁵⁹ sowie die bereits eingangs angesprochene bulgarische Quellensammlung zur Deportation der Juden aus Vardar-Makedonien, Thrakien und Pirot.⁶⁰ Es steht allerdings zu befürchten, dass sich diese Entwicklung angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks der letzten Jahre wieder umkehren wird.

Das Zeitspiel, das die bulgarische Regierung im Sommer/Herbst 1943 in der Deportationsfrage begann, rettete Zehntausenden Juden aus Altbulgarien das Leben und führte zu keiner energischen Reaktion von deutscher Seite gegen den unbotmäßigen

⁵⁶ Rossitza Ivkova: Rettung und Mord, S. 50-52 und 60-62.

⁵⁷ Tim Graewert: Mehr als nur ein (Fußball-)Spiel - die nationale Identität Makedoniens, in: OWEPE 4/2013 <https://www.owep.de/artikel/1085/mehr-als-nur-fussball-spiel-nationale-identitaet-makedoniens> (letzter Zugriff 04.06.2017) und Frank Stier: Rettung, aber nicht für alle. Jüdische Allgemeine 7.3.2013 <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/15408> (letzter Zugriff 22.6.2017).

⁵⁸ Solomon Passi (geb. 1956) amtierte in der liberalen Regierung des ehemaligen Zaren Simeon Sakskoburggotski 2001–2005 als Außenminister. 2005–2009 stand er der parlamentarischen Kommission für Auswärtige Politik Bulgariens als Vorsitzender vor. 2007 trat er darüber hinaus einen Beraterposten beim mazedonischen Premierminister Nikola Gruevski für die Integration Mazedoniens in die NATO an.

⁵⁹ Vgl. Rumen Ljubenov Avramov: Spasenie i padenie. Mikroekonomika na dăržavnija antisemitizăm v Bălgarija 1940–1944 g., Sofija 2012.

⁶⁰ Vgl. Deportiraneto na evreite ot Vardarska Makedonija, Belomorska Trakija i Pirot, mart 1943 g. Dokumenti ot bălgarskite archivi. Tom 1-2, săst. i obšt. red. Nadja Danova i Rumen Avramov, Sofija 2013.

Verbündeten. Das Bündnis blieb bestehen. Den Mut zum Ausstieg oder gar zum Seitenwechsel zu den Alliierten fanden die regierenden bulgarischen Eliten nicht. Auch wenn Bulgarien sich offiziell nur mit Großbritannien und den USA im Kriegszustand befand, konnte es nicht hoffen, dass ein drohender Vorstoß der sowjetischen Roten Armee in Richtung Südosteuropa an der Donau Halt machen würde. Ein solcher zeichnete sich jedoch spätestens im Sommer 1944 immer stärker ab.

Zu diesem Zeitpunkt befand sich Bulgarien bereits in einem äußerst desolaten Zustand. Obwohl 1942/43 das Vorgehen gegen jedwede Opposition drastisch verschärft worden war, geriet die bulgarische Regierung innenpolitisch unter wachsenden Druck. Auf der einen Seite forderten die verschiedenen rechtsgerichteten und faschistoiden Organisationen, die nicht zuletzt im Offizierskorps viele Anhänger hatten, einen noch engeren Schulterschluss mit dem Deutschen Reich und ein radikaleres Vorgehen gegen jede Form von Widerstand. Bereits 1942 war es zu Putschgerüchten gekommen.⁶¹ Um sich gegen das deutsche Drängen zu wehren, ebenso wie Ungarn, Rumänien oder Kroatien eigene Truppen an der Ostfront gegen die Sowjetunion einzusetzen, übernahm Bulgarien immer größere Besatzungsaufgaben in Griechenland und dem besetzten Jugoslawien. Diese Rolle als „Gendarm auf dem Balkan“ verlangte jedoch eine immer größere Aufrüstung. Ursprünglich war Bulgarien gemäß dem Friedensvertrag von Neuilly-sur-Seine 1919 nur eine kleine Berufsmarine von 20.000 Soldaten ohne schwere Waffen erlaubt gewesen. Seit Ende 1938 hatte Bulgarien damit begonnen, seine Streitkräfte zu modernisieren und auszubauen, so dass sie bis Herbst 1940 auf bereits rund 150.000 Soldaten angewachsen waren. Nach dem Beitritt zum Dreimächtepakt und dem Einmarsch in Jugoslawien und Griechenland bis Sommer 1944 waren die Streitkräfte auf über 21 Infanterie- und zwei Kavalleriedivisionen sowie eine Panzerbrigade angewachsen. Auch wenn davon über die Hälfte nur äußerst mangelhaft ausgerüstet war, bedeutete diese Aufrüstung dennoch einen personellen und finanziellen Kraftakt, der die bulgarische Wirtschaft erheblich belastete. Allein acht Divisionen wurden als Besatzungstruppen in Makedonien und Pirots bzw. zur Unterstützung der deutschen Okkupationstruppen in Südostserbien eingesetzt, weitere sechs Divisionen kamen in Griechenland zum Einsatz. Auch wenn Bulgarien sich nicht aktiv am Krieg gegen die UdSSR beteiligte, entlastete es so die Achsenmächte, wodurch diese weniger Truppen in Südosteuropa einsetzen mussten.

Die zunehmenden wirtschaftlichen Engpässe stärkten wiederum die Linksoption in Gestalt der Kommunisten und Linksagrarien. 1943 wurde sogar bewaffneter Widerstand spürbar. Mehrere rechtsgerichtete Politiker fielen Attentaten zum Opfer und es kam zu Sabotageakten und kleineren bewaffneten Überfällen von Partisanengruppen.⁶² Nicht erst nach dem Tod von Boris III. fiel es der Regierung immer schwerer, sich sowohl gegenüber den profaschistischen als auch gegenüber den prokommunistischen Forderungen abzugrenzen.⁶³ Die Königsdiktatur reagierte mit immer

⁶¹ Karlsreiter: König Boris III. von Bulgarien und die bulgarische Außenpolitik, S. 277.

⁶² Die Attentate, u.a. auf General Lukov am 13. Februar 1943 oder dem früheren Polizeipräsidenten Oberst Pantev am 3. Mai 1943 wurden pauschal der Linksoption zugeschrieben. Wirklich aufgeklärt wurden die Anschläge jedoch nie. Marshall Miller: Bulgaria during the Second World War, S. 118.

⁶³ BA MA RW 29/79 W. O. Kriegstagebuch, Lagebericht Nr. 19 (28.2.1943) und RW 29/80 W. O. Kriegstagebuch, Lagebericht Nr. 21 Anlage 14.

größeren Repressionen in Gestalt von Verhaftungen, Folterungen und Exekutionen.⁶⁴ Spätestens nach dem Tod von Boris III. waren die bulgarische Regierung und die unterstützenden Kreise der Königsdiktatur mehr Getriebene als gestaltende Akteure. Bezeichnend ist ein Bericht eines deutschen Militärbeobachters Ende 1943:

„Die politische Unsicherheit hat langsam aber ständig zugenommen. Die Zahl der Sabotage- und Terror-Fälle [...] erhöht sich von Monat zu Monat. Die kommunistische Tendenz ist einwandfrei nachweisbar. Die Tätigkeit der Banden ist bisher nur zu geringem Teil gegen reinwehrowirtschaftliche Objekte gerichtet, sondern dient hauptsächlich einer Schwächung der Staatsautorität, der Störung der Verkehrswege und Terrorisierung der Bevölkerung. Bulgarische Truppen und Polizei unternehmen verschiedene Aktionen gegen die Banden, die bei der Weite der Räume, der geschickten Taktik und guten Bewaffnung der Partisanen keine nennenswerten Erfolge hatten.“⁶⁵

Der Regierung Božilov fehlten am Ende 1943 der Wille als auch der politische Rückhalt, um sich erfolgreich gegen die wirtschaftlichen und militärischen Forderungen aus Berlin zu wehren sowie um ernsthafte Anstrengungen für eine Verständigung mit den Alliierten zu unternehmen. Den drängenden sozioökonomischen Schwierigkeiten und dem wachsenden Widerstand in den besetzten Gebieten und in Altbulgarien selbst konnte sie immer weniger entgegensetzen und verlor innenpolitisch rasch an Glaubwürdigkeit.

Dazu trug auch maßgeblich bei, dass die bulgarische Bevölkerung nunmehr auch unmittelbar den Krieg zu spüren bekam. Bislang waren die bulgarischen Truppen lediglich bei der Partisanenbekämpfung in den besetzten Gebieten in Griechenland und Jugoslawien zum Einsatz gekommen. Größere eigene Verluste waren, nicht zuletzt angesichts des zunächst noch sehr schwachen bewaffneten Widerstands, bislang nicht zu verzeichnen gewesen. Seit November 1943 begannen jedoch die Alliierten ihren Bombenkrieg auch auf Bulgarien auszuweiten. Allein in der bulgarischen Hauptstadt starben dabei beim ersten Luftschlag 850 Menschen, 1100 weitere wurden verwundet.⁶⁶ Bulgarien war darauf nicht einmal in Ansätzen vorbereitet. Luftschutzbunker für die Zivilbevölkerung existierten ebenso wenig wie eine effiziente Flugabwehr.⁶⁷ Ließ bereits die nun beständige Gefahr von weiteren Bombenangriffen den Rückhalt der bulgarischen Regierung bei der Bevölkerung stark sinken, so verlor sie nachdrücklich an Akzeptanz, als sie sich als unfähig erwies, die Ausgebombten

⁶⁴ Hans-Joachim Hoppe: Bulgarien - Hitlers eigenwilliger Verbündeter, S. 138.

⁶⁵ BA MA RW 29/82, Bericht Wehrowirtschaftsoffizier Sofia IV. Quartal 1943.

⁶⁶ Nikifor Gornenski: Văorăženata borba na bălgarskija narod za osvobođenje ot chileristkata okupacija i monarcho-făšistkata diktatura (1941–1944 g.), Sofija 1958, S. 120 sowie BA MA RW 29/82, Bericht des dt. Wehrowirtschaftsoffiziers Sofia, IV. Quartal 1943.

⁶⁷ Bulgarien hatte 1938 Jagdflugzeuge aus Polen und 1939 vom Deutschen Reich Kampfflugzeuge aus ehemals tschechoslowakischen Beständen erworben, die jedoch zur Abwehr der hochfliegenden alliierten Bomber technisch unzureichend waren. 1940–1942 hatte das Deutsche Reich Berater und einige Jagdflugzeuge bereitgestellt. Als sich Bulgarien jedoch weigerte, sich am Krieg gegen die UdSSR zu beteiligen, reduzierte Deutschland sein Engagement wieder stark. Erst als US-Bomber am 1. August 1943 die rumänischen Ölfelder von Ploesti attackierten, lieferte es Bulgarien weitere französische Beutejagdflugzeuge. Letztlich gelang es Bulgarien jedoch nicht mehr, eine effektive Luftabwehr aufzubauen. Siehe: Bulgarisches Heer: <http://weltkrieg2.de/bulgarische-streitkraefte/> (letzter Zugriff 22.06.2017) und Marshall Miller: Bulgaria during the Second World War, S. 165 f.

zu versorgen und den Wiederaufbau zu koordinieren. Weitere große Bombenangriffe im Januar und März 1944 legten große Teile der Stromversorgung in Sofia lahm. Gleichzeitig zeigte die Versorgungslage in den größeren Städten immer größere Mängel. Ein Teil der staatlichen Behörden musste aus der Hauptstadt evakuiert und in umliegenden Ortschaften untergebracht werden. Im April 1944 war Sofia schließlich von rund drei Viertel seiner Bewohner verlassen.⁶⁸

Zunehmend von der Situation überfordert, versuchte sich die Regierung Božilov weiterhin irgendwie durchzulavieren. Mittlerweile hatte die Sowjetunion begonnen, massiven Druck auszuüben, um Bulgarien zu einem Ausstieg aus dem Dreimächtepakt zu bewegen. Inwieweit diese Option in der obersten Staatsführung wirklich ernsthaft diskutiert wurde, ist ungewiss. Fest steht, dass sie einen solchen Schritt nicht wagte. Gleichzeitig bemühte sie sich, mehr vom Deutschen Reich abzurücken. Sie zeigte sich in Handelsfragen und in Bezug auf die Ausbeutung der Rohstoffvorkommen im besetzten Vardar-Makedonien immer sperriger. Gleichzeitig forderte sie von Berlin deutlich größere materielle Unterstützung, u.a. in Form von Mangelwaren wie Mineralöle oder Reifen.⁶⁹ Allerdings wurde der Spielraum für die bulgarische Regierung zusehend kleiner. Mit dem raschen Vordringen der Roten Armee in der Ukraine stieg die Bedeutung Bulgariens für den Nachschub der deutschen und rumänischen Truppen, was sich in einem rigoroseren Drängen von deutscher Seite gegenüber der bulgarischen Führung ausdrückte, sich noch rückhaltloser militärisch und wirtschaftlich einzubringen. Der Regentschaftsrat des minderjährigen Zaren Simeon bemühte sich, das Kabinett auf eine breitere gesellschaftliche Basis zu stellen, was jedoch daran scheiterte, dass er nicht willens oder in der Lage war, der bürgerlichen Opposition und den Linksagrariern nennenswerte Zugeständnisse anzubieten. Am 1. Juni 1944 wurde zwar unter dem parteilosen früheren Forst- und Landwirtschaftsminister Ivan Bagrjanov ein neues Kabinett gebildet, das setzte sich jedoch wieder überwiegend aus prodeutschen, nationalistischen Politikern zusammen.⁷⁰

Die neue Regierung bemühte sich nichtsdestotrotz, das Land nun aus dem Krieg herauszuführen und mittels Geheimverhandlungen über diplomatische Kanäle in der Türkei doch noch einen Separatfrieden mit den westlichen Alliierten zu erreichen. Diese forderten jedoch den offenen Bruch mit dem Deutschen Reich, den Rückzug aus allen besetzten Gebieten und die Erlaubnis zum Einmarsch alliierter Truppen. Die Zeit drängte. Sowjetische Truppen begannen im Sommer 1944 mit ihrer Offensive gegen Rumänien. Dies führte dazu, dass der rumänische König Mihai I. am 23. August den Diktator Antonescu stürzte und zwei Tage später dem Deutschen Reich den Krieg erklärte. Der bulgarischen Regierung blieb dadurch nur noch die Wahl, sich nun doch der UdSSR anzunähern und zu hoffen, durch die Erklärung der Neutralität des Landes von den Kriegshandlungen verschont zu bleiben. In letzter Minute versuchte der Regentschaftsrat eine überstürzte Kehrtwendung, setzte Ministerpräsident Bagrjanov ab und berief am 2. September Konstantin Muraviev, den Neffen

⁶⁸ BA MA RW 29/83 Lagebericht W. O. Sofia 16.2.1944 sowie E.O. Sofia Überblicksbericht I. Quartal 1944 und RW 29/84 Lagebericht W. O. Sofia III. Quartal 1944.

⁶⁹ BA MA RW 29/85, Überblicksbericht W. O. Sofia III. Quartal 1944.

⁷⁰ Hans-Joachim Hoppe: Bulgarien - Hitlers eigenwilliger Verbündeter, S. 158 f.

des 1923 ermordeten Führers der Linksagrarier Aleksandăr Stambolijski, zum neuen Regierungschef. Dieser versuchte unter Einbezug möglichst vieler politischer Kräfte ein Mehrparteienkabinett zu bilden, um Bulgarien als nun geläuterten demokratischen Staat zu präsentieren. Der Kriegszustand mit Großbritannien und den USA wurde aufgekündigt und die Beziehungen zum Deutschen Reich abgebrochen. Dieser Schwenk an die Seite der Westalliierten kam jedoch zu spät. Am 8. September begannen sowjetische Truppen mit ihrem Einmarsch in Bulgarien, während in Sofia eine Verschwörung aus radikaldemokratischen und linksgerichteten Politikern und Offizieren in einem Putsch das Kabinett Muraviev stürzte. Als eine der ersten Amtshandlungen erklärte die neue Putschregierung dem Deutschen Reich den Krieg. Bulgarien wurde nun doch noch in der Schlussphase als direkter Kriegsteilnehmer in die Kämpfe hineingezogen. An der Seite der sowjetischen Truppen musste sich die bulgarische Armee dem Kampf gegen die zurückweichenden deutschen Streitkräfte auf dem Balkan anschließen.⁷¹ Bis Kriegsende verlor das bulgarische Heer dabei rund 23.000 Soldaten an Toten und Verwundeten.⁷² Auf der Pariser Friedenskonferenz 1946 bzw. im 1947 ratifizierten Friedensvertrag kam Bulgarien letztlich halbwegs glimpflich davon. Die zu zahlenden Reparationsverpflichtungen an Griechenland und Jugoslawien waren nicht erdrückend hoch angesetzt, während gleichzeitig die Grenzziehung in der Dobrudža im Vertrag von Craiova bestätigt wurde.

Nichtsdestotrotz waren die Folgen der zögerlichen Politik der bulgarischen Regierung und des Regentschaftsrates 1943/44 gravierend. Die westlichen Alliierten fassten wenig Vertrauen in den Willen Bulgariens, sich mit allen Konsequenzen aus dem Dreimächtepakt zu lösen und gegen das Deutsche Reich in den Krieg einzutreten. Dies ermöglichte die dortige Machtübernahme prosowjetischer Kräfte. Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 stimmte sowohl Premierminister Churchill als auch US-Präsident Roosevelt zu, dass Bulgarien in der Nachkriegsordnung überwiegend dem Einflussbereich der Sowjetunion zugeordnet werden sollte. Genauso kam es auch. Die eigenen Kriegsverbrechen als Besatzungsmacht in Jugoslawien und Griechenland wurden seitdem nur ansatzweise aufgearbeitet. Gleiches gilt für die bulgarische Rolle beim Holocaust. Noch immer herrscht das Selbstbild vor, dass Bulgarien 1941 keine andere Wahl gehabt habe, als sich dem Deutschen Reich anzuschließen, wollte es eine gewaltsame Besetzung durch die deutsche Wehrmacht vermeiden. Bulgarien wurde und wird dabei mehr als Getriebener, ja teilweise als Opfer empfunden. Wie beschrieben gibt es zumindest in der Frage der Beteiligung am Holocaust mittlerweile hoffnungsvolle Ansätze bulgarischer Wissenschaftler, eine unvoreingenommene Aufarbeitung voranzutreiben.

Ein Blick auf die zunehmende Bedeutung nationalistischer und rechtsgerichteter Bewegungen der letzten Jahre lassen allerdings darüber Zweifel aufkommen. In die 2017 gebildete neue Regierung von Bojko Borissov wurden verschiedene rechtsgerichtete Parteien aufgenommen. Der nationalistische Vorsitzende der rechtspopulistischen Partei IMRO – Bulgarische Nationale Bewegung, Krasimir Karakačanov, erhielt darin die Leitung des Verteidigungsministeriums. Er ist u.a. für seine aggressive Rhetorik gegenüber Mazedonien

⁷¹ Vgl. u.a. Velikite bitki i borbi na bälgarite sled osvoboždenieto. Svetovna Biblioteka, Sofija 2007.

⁷² Daniel Vačkov: Ikonikata na komunističeska Bälgarija 1944–1962, Sofija 2009, S. 264.

bekannt. Auch das Kultur- und Wissenschaftsressort wurde mit Boil Banov einem Kandidaten der rechtsnationalen Koalitionspartner übertragen. Es steht somit zu befürchten, dass die jüngsten Initiativen zur eigenen Vergangenheitsbewältigung in Bulgarien wieder erlahmen und zugunsten eines neuen verklärten Bildes der nationalen Vergangenheit zurückgedrängt werden.⁷³

William Totok, Ambivalente Lebensläufe. Securitateoffiziere zwischen Verklärung und Sachlichkeit (2)

<http://www.geocities.ws/rausschmiss/Totok2.pdf>

⁷³ Zu Krasimir Karakačanov sowie den mit ihm in der „Vereinigten Patrioten“ weiteren rechtsgerichteten politischen Kräften, die seit 2017 Teil der bulgarischen Regierung sind, siehe u.a.: Frank Stier: Bulgariens neue Regierung: „Pack schlägt sich, Pach verträgt sich“. 9.5.2017 <https://www.heise.de/tp/features/Bulgariens-neue-Regierung-Pack-schlaegt-sich-Pack-vertraegt-sich-3706259.html> (letzter Zugriff 22.06.2017) und Alexander Andreev: Hitlergruß und Fotos aus Buchenwald. Deutsche Welle 1.6.2017 <http://www.dw.com/de/bulgarien-hitlergru%C3%9F-und-fotos-aus-buchenwald/a-39078304> (letzter Zugriff 22.06.2017).